

Dienstag 3. März 2015

Nummer 660

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

Ein modernes Europa braucht seine Frauen

Autor : Pascale Joannin



Welche Veränderungen gab es im Laufe des Jahres 2014 in Europa auf dem Gebiet der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen? Pascale Joannin spürt dieser Frage nach und schaut sich an, wie viele Frauen wirklich im Europäischen Parlament, in den nationalen Regierungen (in drei EU-Ländern hat die Zahl abgenommen) und Parlamenten sowie den Unternehmen vertreten sind. Tatsächlich wurden in der Wirtschaft die größten Fortschritte erzielt. Am 8. März feiert Europa wieder den Tag der Frauen, es darf mit seinen bisherigen Anstrengungen aber nicht auf halber Strecke stehen bleiben.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Energie **Wahlen** : Estland **Gleichstellung** : IWF - UNO - Gleichheit - Polen **Menschenrechte/Russland** : Nadija Sawtschenko - Ermordung **Finanzkrise** : Griechenland - Eurozone - Deutschland - Frankreich - Portugal - Großbritannien **Kommission** : Energie - Europäisches Semester - Frankreich - Balkanstaaten - Digitalisierung - Armut **Parlament** : Daten - Fiskalpolitik **Rat** : GVO - Transportwesen - Wettbewerbsfähigkeit **EZB** : 20€ Schein - Währungsunion **Deutschland** : Griechenland **Österreich** : Gesetz/Islam **Belgien** : Beschäftigung **Spanien** : Debatte/Zukunft - Investitionen **Estland** : Wahlen **Frankreich** : Italien - Klima **Italien** : Justiz **Litauen** : Verteidigung **Rumänien** : Deutschland **Großbritannien** : Ukraine **Bosnien-Herzegowina** : Zukunft/EU **Ukraine** : Waffenstillstand **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - Inflation - Löhne **Berichte / Studien** : Menschenrechte **Kultur** : Ausstellung/Rom - Ausstellung/London - Ausstellung/Berlin

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

"Die Energievernetzung in Europa"



Dem französischen Präsidenten François Hollande ist am 23. Februar ein Bericht vom ERDF-Generalsekretär Michel Derdevet mit dem Titel "die Energievernetzung in Europa" übermittelt worden. Darin heißt es: Wollen die europäischen Länder die Energiewende schaffen, dann ist die Annahme und Weiterentwicklung der Vernetzung notwendig. Unter den 12 Vorschlägen, die der Bericht dazu macht, fällt auch ein europäischer Ansatz auf drei Ebene: Mehr Sicherheit bei der Energiebeschaffung, die Zusammenarbeit von verschiedenen Akteuren, eine verstärkte Absprache bei der Regulierung, ein Investitionshebel (um die Kosten bei der Infrastruktur abzufedern) und das Voranschreiten Europas bei Innovationen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Wahlen :

Reformpartei gewinnt Parlamentswahlen in Estland

Die zwei "großen" Parteien gehen als Sieger aus den Parlamentswahlen



in Estland hervor. Die Reformpartei (ER) von Premierminister Taavi Roivas, der vor weniger als einem Jahr (am 26. März 2014) zum Regierungschef ernannt wurde, setzte sich auch nach 9 Jahren an der Macht bei der Abstimmung durch. Sie kam auf 27% der Stimmen und 30 Parlamentssitze (-3) im Riigikogu, der einzigen Kammer des Parlaments. Die Zentrums- und Reformpartei (K), die auch der Führer der Opposition ist, erreichte 24,8% der Stimmen und 27 Sitze (+1). Die Sozialdemokratische Partei musste sich mit Platz drei, 15,2% der Stimmen und 15 Sitzen (-4) zufrieden gehen. Die Union für das Vaterland, die Res Publica (IRL) wählten 13,7%, sie erhielt 14 Parlamentssitze (-9). Noch zwei weitere Parteien schafften den Einzug in den Riigikogu: Die Frei Partei Estlands, die sich erst am 20. September gegründet hatte, erhielt 8,7% und 8 Sitze im Parlament. Die Populäre Konservative Partei (EKRE) konnte 8,1% der Stimmen und 7 Abgeordnetenmandate auf sich vereinigen. Die Wahlbeteiligung blieb mit 63,7% (-0,2 Punkte) nahezu identisch zur letzten Parlamentswahl vom 6. März 2011... [Fortsetzung](#)

Gleichstellung :

IWF-Studie zur Geschlechtergleichheit



Die IWF-Generaldirektorin Christine Lagarde kam am 23. Februar auf die Geschlechterfrage zu sprechen, die Rede war dabei von einer "Verschwörung gegen die Frauen". "In viel zu vielen Ländern", so Lagarde, "halten juristische Restriktionen Frauen davon ab, an Wirtschaft und Arbeitsmarkt teilzuhaben. In einer aktuellen Studie bemühen sich IWF-Ökonomen darum, Maßnahmen vorzuschlagen, die für mehr Chancengleichheiten von Frauen in der Arbeitswelt sorgen. Das Fazit ist, dass unbedingt faire und gerechte Spielregel etabliert werden müssen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frauen an die Macht: Die Erschaffung einer neuen Welt



Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė kam am 27. Februar nach Santiago (Chile), um an einer von der UNO mitorganisierten Veranstaltung zum Thema "Frauen an die Macht und ins Zentrum der Entscheidungsfindung: Die Erschaffung einer neuen Welt" mitzuwirken. Die Präsidentin hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede vor vielen internationalen Persönlichkeiten und politischen Entscheidungsträgern, unter ihnen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und Leymah Gwobee, Träger des Friedensnobelpreises. Grybauskaitė unterstrich darin, wie wichtig es sei Frauen in politische Entscheidungen miteinzubeziehen und an der Führung großer Unternehmen zu beteiligen. Sie appellierte an die Staatsführer in der Welt mit gutem Beispiel voranzugehen, vor allem die Frauen unter ihnen. Für die litauische Präsidentin ist die "Teilhabe von Frauen in der Politik kein Modeerscheinung oder eine Frage von Quotenregelungen. Sie ist eine Notwendigkeit, angesichts der ökonomischen und sicherheitspolitischen Schwierigkeiten.".. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Frankreich: Bericht zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Ämterwahl



Der Hohe französische Rat für die Gleichheit zwischen Mann und Frau hat am 26. Februar seinen Bericht zur Gleichstellung in der französischen Politik vorgelegt. Dabei handelt es sich vor allem um eine Bewertung der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes bei den Wahlen von 2014 (für die Kommunal-, Europa- und Senatswahlen). Der Rat konstatierte, dass die Gleichstellung 15 Jahre nach der Verfassungsreform voranschreite, aber das nur langsam tue, weil es weiterhin an rechtlichen Konsequenzen fehle. Deswegen wurden auch 12 Empfehlungen ausgesprochen, um Fortschritte zu erzielen und eine reale Gleichstellung zu erreichen. Darunter fallen zum Beispiel die Harmonisierung der Regeln für Parlaments- und Senatskandidaten, die in einer Mehrheitswahl gewählt werden sollen; sowie, dass Amtsinhaber und Stellvertreter unterschiedlichen Geschlechts sein sollen. Auch sollen die Statuten der Gewählten modernisiert werden, um eine bessere Vereinbarung von beruflichem, politischem und privatem Leben zu erreichen... [Fortsetzung](#)

Polen: Hilfe für Unternehmerinnen



Die polnische Premierministerin Ewa Kopacz hat am 23. Februar in Kielce die Teilnehmer von "Frauen als Unternehmer 2014" getroffen. Die Veranstaltung wird vom Journal Echo Dnia organisiert. Kopacz stellte dort die Maßnahmen der Regierung vor, um Frauen bei der Berufsausübung zu unterstützen und für eine Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu sorgen. Ein Großprojekt für den Bau von Kindergärten ist ebenso auf dem Weg... [Fortsetzung](#)

Menschenrechte/Russland :

Forderung die ukrainische Pilotin Nadija Sawtschenko freizulassen



Der ehemalige Sowjet-Dissident und Schriftsteller Wladimir Woinowitsch hat am 26. Januar in einem offenen Brief an den russischen Präsidenten die Freilassung der Pilotin Nadija Sawtschenko gefordert, die sich seit mehr als zwei Monaten aus Protest gegen ihre Inhaftierung in Russland im Hungerstreik befindet. Der Aufruf wurde auf der Internet-Seite von Open Russia veröffentlicht, einer pro-europäischen Bewegung, die von Kreml-Kritiker Michail Chodorkowski geleitet wird. "Bringen Sie Russland bitte nicht ein weiteres Mal in Misskredit und lassen Sie diese junge, couragierte Frau nicht sterben", so Woinowitsch. Nadija Sawtschenko ist seit Juli 2014 in russischer Gefangenschaft, wo sie des "vorsätzlichen Mordes" an zwei russischen Journalisten Mitte Juni im Osten der Ukraine angeklagt ist. Sie kämpfte als Freiwillige auf Seiten der Ukraine, bevor sie von pro-russischen Rebellen gefangen genommen wurde. Nadija Sawtschenko begann ihren Hungerstreik am 13. November 2014. Der ehemalige Anwalt von Pussy Riots, Mark Feygin, vertritt sie nun. In ganz Europa, Russland und der Ukraine fanden bisher zahlreiche Solidaritätskundgebungen statt, und auf die Twitter gibt es die Kampagne #SaveOurGirl und #FreeSavchenko...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Verurteilung des Mordes an Boris Nemzow



Die Ermordung des ehemaligen Vize-Premierminister Boris Nemzow am 27. Februar 2015 in Moskau hat weltweit für Bestürzung gesorgt. Boris Nemzow war ein unnachgiebiger Gegner des Putin-Regimes. Alle europäischen Staatshäupter verurteilten seine Ermordung. Europas Chefdiplomatin Federica Mogherini brachte am 28. Februar ihre "Empörung" angesichts dieses "brutalen Mordes" des russischen Oppositionellen zum Ausdruck. Sie forderte die russischen Behörden auf, schnellstmöglich eine "allumfassende und transparente" Untersuchung einzuleiten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Finanzkrise :

Die Europäische Union stimmt der Verlängerung der Finanzhilfe an Griechenland zu



Die Finanzminister der Eurozone haben am 24. Februar die von der griechischen Regierung am 23. Februar beim IWF, der EZB und der Europäischen Kommission eingereichte Reformliste gebilligt. Sie drängten aber trotzdem darauf, dass Griechenland seine "Liste an Reformmaßnahmen weiterentwickelt und ausweitet". In einem zuvor an den Präsidenten der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem adressierten Brief, bekundete die EU-Kommission, dass die Reformliste Griechenlands einen "guten Anfangspunkt" für einen Vertrag zwischen Troika und Griechenlands über die Verlängerung des Hilfsprogramms darstelle. Dagegen zeigte sich die IWF-Generaldirektorin Christine Lagarde viel skeptischer als ihre europäischen Partner. Sie war der Meinung, dass nichts in dem Brief der griechischen Regierung "umfangreiche Reformen" garantiere. Sie erklärte aber nichtsdestotrotz, dass die Ankündigungen der Regierung "ausreichen", um das internationale Hilfsprogramm fortzusetzen. Der Rat des Europäischen Finanzaufsichtssystems genehmigte am 27. Februar die Ausweitung des europäischen Hilfsprogramms an Griechenland auf weitere vier Monate. Die Abgeordneten des deutschen Bundestages stimmten der Verlängerung am gleichen Tag zu und machten damit den Weg für die Auszahlungen an Griechenland frei...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Vertrauen in die Wirtschaft der Eurozone verbessert sich im Februar



Das Vertrauen der Konsumenten und des Einzelhandels in die Wirtschaft hat sich in der Eurozone im Februar verbessert. Zuvor war es seit Herbst nahezu konstant geblieben. Die von der Kommission am 26. Februar veröffentlichten Daten deuten daraufhin, dass sich der Index für das Vertrauen auf 102,1 Punkte im Februar 2015 verbesserte, im Januar waren es 101,4 gewesen. Die Konsumenten zeigen sich zunehmend optimistischer (+1,8 Punkte) über die Wirtschaftssituation. Sie sind für den Anstieg der Zuversicht in die Wirtschaft der Eurozone zusammen mit dem Einzelhandel (+1,5 Punkte) verantwortlich. Nach Angaben der Kommission gehen nämlich auch die Unternehmenschefs von einem "positiveren" Wirtschaftsklima aus. Auf nationaler Ebene nahm das Vertrauen vor allem in Italien (+2,4 Punkte), in Frankreich (+2 Punkte) und in Spanien (+0,8 Punkte) zu... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Arbeitslosenquote bleibt stabil in Deutschland



Die Bundesagentur für Arbeit hat ihre Zahlen zur Arbeitslosigkeit in Deutschland für den Monat Februar veröffentlicht. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit stagnierte demnach auf dem Niveau von 6,5% wie schon im Januar. Die Spezialisten der Agentur Factset, ein Anbieter von Analysen und Finanzdiensten, ermittelte diese Zahlen. Sie hatten auch nicht mit einem nennenswerten Rückgang der Arbeitssuchenden gerechnet. Insgesamt sank die Zahl der arbeitslosen Menschen von Januar auf Februar um 15.000 auf 3.017.000...

[Fortsetzung](#)

Leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit im Januar in Frankreich



Das Arbeitsministerium hat die Zahlen zur Arbeitslosigkeit für den Monat Januar 2015 veröffentlicht. Die Zahl der Arbeitssuchenden der Kategorie A (ohne Beschäftigung in diesem Monat) ist demnach um 0,5% oder -19100 Menschen auf 3,48 Millionen Menschen im französischen Kernland zurückgegangen. Der Rückgang betrifft vor allem junge Leute (-7600 Jugendliche, oder -1,4%). Bezieht man jedoch auch die Kategorien B und C (Personen, die eine geringfügige Beschäftigung ausübten) mit ein, dann stieg die Zahl der Arbeitssuchenden im Monat Januar um 0,3%. Dennoch geben die Zahlen Anlass zu Hoffnung, weil die Zahl der Arbeitslosen der Kategorie A seit August nicht mehr gefallen war. Der französische Premierminister Manuel Valls mahnte dennoch zur Vorsicht: Es sei noch zu früh, um eine wirkliche Trendwende auszurufen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Portugal beginnt mit der Rückzahlung von 6 Milliarden Euro an den IWF im März



Portugal wird ab März vorzeitig 6 Milliarden Euro an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückzahlen. Das sind etwa ein Viertel der seit 2011 innerhalb des Rettungsplans geflossenen Mittel, wie die Regierung am 27. Februar bekannt gab. Im Ganzen hofft Lissabon 14 Milliarden Euro der in drei Jahren fälligen 25,7 Euro spätestens in zweieinhalb Jahre begleichen zu können. Die Entscheidung wurde von IWF und EU gebilligt und bedeutet, dass "sich die Zinsen für unser Land beträchtlich reduzieren", so die portugiesische Finanzministerin Maria Luís Albuquerque...

[Fortsetzung](#)

OECD-Bericht zu Großbritannien



Zweieinhalb Monate vor den Wahlen in Großbritannien hat der OECD-Generalsekretär Angel Gurría am 24. Februar einen Bericht zur wirtschaftlichen Situation in Großbritannien vorgelegt, der alles in allem schmeichelhaft für David Cameron ist. Einzig zwei Punkte trüben die Gesamtbilanz: Die Produktivität und die Reallöhne. "Das erste Ziel muss unbezweifelbar die Produktivität sein", so Angel Gurría. "Im Gegenteil zu den Krisen der Vergangenheit ist sie nämlich nicht wieder angestiegen. Das wäre aber notwendig, wenn man will, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit des Landes verbessert und dass die Reallöhne auch in der Zukunft dauerhaft ansteigen. Ein Anstieg letzterer würde es erlauben das Defizit zu reduzieren und Ungleichheiten abzubauen, die es trotz des gegenwärtigen Wachstums gibt", so der OECD-Generalsekretär... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kommission :

Auf dem Weg zu einer Energieunion



Die Europäische Kommission hat am 25. Februar ihre Strategie "für die Schaffung einer robusten Energieunion, die von einer zukunftsorientierten Politik auf dem Gebiet des Klimawandels begleitet wird" verabschiedet. Eine Rahmenstrategie wurde zu diesem Zweck beschlossen. Darin sind – in fünf miteinander verknüpften politischen Aspekten - die Ziele der Energieunion umrissen sowie die einzelnen Schritte der Kommission dargelegt, mit denen diese Ziele verwirklicht werden sollen. Dies beinhaltet u. a. neue Rechtsvorschriften zur Umgestaltung und Reformierung des Strommarkts, die Schaffung von mehr Transparenz bei Gaslieferverträgen, den deutlichen Ausbau der regionalen Zusammenarbeit als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem integrierten Markt, mit einem stärker regulierten Regelungsrahmen, neue Rechtsvorschriften zur Sicherstellung der Lieferung von Strom und Gas, mehr EU-Mittel zur Förderung von Energieeffizienz oder ein neues Maßnahmenpaket für erneuerbare Energien. Die Kommission hat auch eine Mitteilung über den Verbund verabschiedet, in dem die Maßnahmen zur Erreichung des Stromverbundziels von 10 % bis 2020 erläutert werden. Eine zweite Mitteilung legt die Vorstellungen für ein weltweites Klimaübereinkommen dar, das im Dezember 2015 in Paris geschlossen werden soll...

[Fortsetzung](#)

Die EU-Kommission gibt Einschätzung der Wirtschafts- und Haushaltssituation in den Mitgliedsstaaten bekannt



Im Rahmen des Europäischen Semesters hat die Kommission am 25. Februar ihre Einschätzung zur Wirtschafts- und Haushaltssituation in den Mitgliedsstaaten bekanntgegeben. Von den 16 Mitgliedstaaten, bei denen im November makroökonomische Ungleichgewichte festgestellt wurden, hat die Kommission die Verfahrensstufen für drei Länder angehoben: Frankreich (Stufe 5), Deutschland (Stufe 3) und Bulgarien (Stufe 5). Für zwei Länder hat die Kommission das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (VMU) eröffnet: Portugal und Rumänien. Für Slowenien setzt die Kommission die Verfahrensstufe herab. Im Hinblick auf die Haushaltspolitik empfiehlt die Kommission für Belgien, Italien und Finnland kein Defizitverfahren zu eröffnen. Darüber hinaus empfiehlt die Kommission, dass Frankreich zur Korrektur seines übermäßigen Defizits eine Frist bis 2017 gewährt wird. Mit dieser Empfehlung verknüpft sie strenge Etappenziele für den haushaltspolitischen Anpassungspfad, die ab Mai regelmäßig überprüft werden. Damit soll Frankreich genügend Zeit für die Umsetzung "ambitionierter Strukturreformen" erhalten. Diesem Aufschub müssen aber schon Strukturanstrengungen für das Jahr 2015 folgen, mit denen das Defizit um 0,5% abgebaut werden soll... [Fortsetzung](#)

Öffentliches Defizit: Die Europäische Kommission gibt Frankreich neue Zielvorgaben



Die Europäische Kommission hat Frankreich am 27. Februar dazu aufgefordert neue Anstrengungen zur Reduzierung seines Defizits zu unternehmen, so dass die Haushaltssanierung 2016 schneller voranschreitet, bevor das Defizit 2017 dann endlich bei 2,8% des BIP liegen soll. Geschehen soll das durch "zusätzliche wirtschaftliche Maßnahmen". Die neuen Empfehlungen der Kommission sehen folgende Zielvorgaben für das öffentliche Defizit vor: 4% des BIP für 2015 (die französische Regierung hatte 4,1% versprochen), 3,4% im Jahr 2016 (wo das Finanzministerium noch von 3,6% ausging) und schließlich 2,8% für 2017, wo Frankreich nur angekündigt hatte unter der Marke von 3% des BIP bleiben zu wollen. Die Kommission wünscht sich, dass Frankreich (neben einem Konjunktoreffekt) auch durch strukturelle Reformen sein Defizit reduziert, um 0,8 Prozentpunkte im Jahr 2016 und dann noch einmal um 0,9 Punkte im Jahr 2017. Für 2015 sollen strukturelle Reformen zu einer Verbesserung von 0,5 Prozent des BIP beitragen. Die Kommission geht zudem davon aus, dass der ursprüngliche Plan des Finanzministeriums ungenügend sei, weil er nur einen Reduzierung von 0,3 Prozent des Defizits in diesem Jahr erlaubt. Frankreich werde diese "anspruchsvolle" aber "realistische" Empfehlung respektieren, so die Reaktion des französischen Finanzministers Michel Sapin... [Fortsetzung](#)

Kommissionsbericht zur Regelung der Visumfreiheit für die westlichen Balkanländer



Die Kommission hat am 25. Februar ihre fünfte Bewertung der Funktionsfähigkeit der für Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien geltenden Regelungen für visumfreies Reisen veröffentlicht. Aus dem Bericht geht hervor, dass "weitere Maßnahmen notwendig sind, um die Regelung über das visumfreie Reisen aufrechterhalten zu können und den potenziellen Missbrauch des Asylsystems der Union zu bekämpfen". Der Asylmissbrauch durch Staatsangehörige der westlichen Balkanstaaten, die kein Visum benötigen, gebe nach wie vor "Anlass zur Sorge". Die Zahl der Asylanträge, die von Staatsangehörigen der fünf westlichen Balkanstaaten gestellt wurden, erhöht sich beständig. Die meisten Asylsuchenden aus den visumfreien westlichen Balkanstaaten kamen nach wie vor aus Serbien. Deutschland bleibt das Land mit den meisten Asylanträgen aus den visumfreien westlichen Balkanstaaten und erhält einen immer größeren Anteil der Anträge aus diesen Ländern (75 % in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 gegenüber 12 % im Jahr 2009)... [Fortsetzung](#)

Ein neuer Index zeigt die Kluft zwischen den Mitgliedsländern bei der Digitalisierung



Die Kommission hat am 24. Februar anlässlich der Präsentation des Digitalen Wirtschafts- und Gesellschaftsindex bereits erste Schlussfolgerung aus dem neuen Instrument gezogen. Die Zahlen zeigen, dass die Leistungsfähigkeit von den Spitzenreitern wie Dänemark (mit einem Wert von 0,68 auf einer bis 1 reichenden Skala) bis zu Ländern mit niedrigerer Leistungsfähigkeit wie Rumänien (mit einem Wert von 0,31) reicht. Die Mehrheit der Europäer nutzt das Internet regelmäßig: 75 % im Jahr 2014 (2013 noch 72 %) – von 93 % in Luxemburg bis 48 % in Rumänien. Der Index offenbart zudem eine große Kluft zwischen den Mitgliedsländern beim Online-Zugang zu öffentlichen Diensten. Während die Digitalisierung öffentlicher Dienste in einigen

Ländern selbstverständlich ist, wie etwa in Dänemark, wo 69% Online-Formulare für die Übermittlung von Informationen an die Behörden nutzen, sind diese Dienste in anderen Ländern so gut wie nicht vorhandenen, etwa in Rumänien, wo nur 6% darauf zurückgreifen... [Fortsetzung](#)

EU-Kommission stellt 3,8 Milliarden Euro zur Armutsbekämpfung in der EU zur Verfügung



Die Europäische Kommission hat am 26. Februar auch die letzten nationalen operationellen Programme angenommen, die vom Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) im Zeitraum 2014-2020 finanziert werden. Die Hilfe für 4 Millionen der Bedürftigsten in der EU beläuft sich auf insgesamt 3,8 Milliarden Euro. Der Fonds konzentriert sich auf die Leistung materieller Hilfe für diejenigen, die unter den schlimmsten Formen der Armut leiden, einschließlich Nahrungsmangel, Obdachlosigkeit und materieller Kinderarmut, und trägt zur Förderung des sozialen Zusammenhalts bei. Die vom Fonds geleistete Hilfe kann in Nahrungsmitteln, Kleidung und anderen wichtigen Gütern des persönlichen Bedarfs, wie Schuhe und Seife, bestehen... [Fortsetzung](#)

Parlament :

EU Parlamentarier diskutieren über Modifikationen des PNR-Vorschlags



Ein neuer Entwurf zum europäischen System der Fluggastdatenspeicherung, den Timothy Kirkhope (ECR, UK) präsentiert hatte, ist am 26. Februar im Komitee für bürgerliche Freiheiten diskutiert worden. Der neue Text schlägt zahlreiche Änderungen am Vorschlag der Kommission aus dem Jahr 2011 vor. Die Abgeordneten diskutierten zum Beispiel die Verhältnismäßigkeit des Vorschlages angesichts der aktuellen Sicherheitsbedrohungen, das Anwendungsfeld (Liste der Strafdelikte), die Aufbewahrungszeit der Daten, den Einbezug oder Ausschluss von Flügen innerhalb der EU, die Verbindung mit der gerade laufenden Reform des Datenschutzes und die Folgen aus dem Widerruf der Richtlinie zur Datenspeicherung im Jahr 2006 durch den Europäischen Gerichtshof. Die Abgeordneten haben noch bis zum 25. März Zeit Änderungsvorschläge zu unterbreiten, bevor endgültig über den Text abgestimmt wird... [Fortsetzung](#)

Der französische Abgeordnete Alain Lamassoure wird Präsident der Parlamentskommission zur Steuerauskunft



Die neue parlamentarische Kommission zur verbindlichen Steuerauskunft, die bei der Plenarsitzung am 12. Februar eingesetzt wurde, hat Alain Lamassoure (PPE, FR) auf einer konstituierenden Sitzung am 26. Februar zum Präsidenten gewählt. Bernd Lucke (ECR, DE), Marisa Matias (GUE/NGL, PT) und Eva Joly (Grüne, FR) wurden als Vize-Präsidenten gewählt. Die Berichterstatter an die Kommission sollen am 9. März bestimmt werden. Die Kommission besteht aus 45 Mitgliedern und ist mit einem Anfangsmandat von sechs Monaten ausgestattet. Sie soll die Praktiken bei der verbindlichen Steuerauskunft seit dem 1. Januar 1991 untersuchen, aber auch die Art und Weise wie die Kommission mit staatlichen Beihilfen umgeht... [Fortsetzung](#)

Rat :

Rat stellt erlaubt den Mitgliedsstaaten ein Verbot von GVO



Der Rat hat am 2. März neue Regeln verabschiedet die es den Mitgliedsstaaten erlauben, auf ihrem Gebiet selbst zu entscheiden, ob sie genveränderte Organismen (GVO) zulassen oder einschränken wollen. Sie treten 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im offiziellen Journal der Europäischen Union in Kraft. Jānis Dūklavs, der lettische Agrarminister und Vorsitzende im Rat sagte dazu: "Die Staaten können selbst entscheiden, ob gentechnisch veränderte Kulturen auf ihrem Gebiet angebaut werden oder nicht, und dass steht auch im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip und respektiert die Wahl der Bürger und Landwirte". Die neuen Regeln nehmen auch die grenzüberschreitende Ansteckung ins Visier: Staaten in denen GVO angebaut werden, müssen sichergehen, dass Nachbarstaaten, in denen GVO verboten sind, nicht kontaminiert werden... [Fortsetzung](#)

Neue Richtlinie zur Regelung von Verkehrsdelikten in Europa

Der Rat hat am 2. März eine Richtlinie angenommen, die für alle



Mitgliedsstaaten verbindliche Regel beim Informationsaustausch über Verkehrsdelikte durch ausländische Autofahrer festlegt. In Kraft treten soll sie in der gesamten EU von 2017 an. Die Regeln gelten nun auch für Großbritannien, Irland und Dänemark. Eine Richtlinie zum Informationsaustausch bei Verkehrsdelikten war bereits 2011 angenommen worden, aber die drei Mitgliedsstaaten hatten daran nicht teilgenommen, unter Verweis auf ihre Sonderstellung bei der polizeilichen Zusammenarbeit. Das Ziel dieser Richtlinie ist es nun die Sicherheit auf den Straßen Europas zu verbessern und einheitliche Maßstäbe für alle europäischen Autofahrer zu schaffen. Acht Verstöße werden in dieser Richtlinie aufgelistet: Geschwindigkeitsüberschreitungen, das Fehlen des Sicherheitsgurtes, Fahren unter dem Einfluss von Rauschmitteln oder Alkohol, das Überfahren von roten Ampeln, das Fahren ohne Schutzhelm auf Motorrädern, die Benutzung eines gesperrten Weges, Telefonieren während der Autofahrt oder das Benutzen anderer Kommunikationsmittel am Steuer... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Schlussfolgerungen des Rates für Wettbewerb



Die mit dem Wettbewerb in der EU betrauten Minister haben am 2. März zahlreiche Maßnahmen erlassen, um Hindernisse für den Binnenmarkt aus dem Weg zu räumen und für einen schnellen Übergang ins digitale Zeitalter zu sorgen. Die lettische Wirtschaftsministerin Dana Reizniece-Ozola erinnerte daran, dass "es keine Zeit zu verlieren gilt, wenn Europa eine führende Kraft in der digitalen Revolution werden und seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern will." In diesem Sinne berief man sich auch auf den Investitionsplan, mit dem in den nächsten Jahren 315 Milliarden Euro mobilisiert werden sollen... [Fortsetzung](#)

EZB :

Neuer 20€ Scheine



Nach den neuen 5€ und 10€ Scheinen hat Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank, nun auch den neuen 20€ Schein vorgestellt. Rein äußerlich behält die Banknote ihre prägende blaue Farbe und die Abbildung gotischer Bauwerke. Im Hintergrund ist sie aber mit neuen Sicherheitsmaßnahmen ausgestattet, angefangen mit einem Porträt der mythologischen Gestalt Europas, das von beiden Seiten des Geldscheins zu erkennen ist, wie das Hologramm auf dem Silberstreifen auf der Vorderseite des Geldscheins... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

EZB-Präsident wünscht sich eine Vertiefung der Währungsunion



Während der Debatte über die Tätigkeiten der Europäischen Zentralbank (EZB) verpflichtete sich EZB-Präsident Mario Draghi, auf eine echte Wirtschaftsunion hinzuarbeiten. "Die wirtschaftliche Konvergenz hat sich als weniger nachhaltig als ursprünglich erhofft herausgestellt. Das gefährdet weiterhin den langfristigen Erfolg der Währungsunion bei schweren wirtschaftlichen Schocks", sagte Draghi. Laut Draghi sind zwei sich ergänzende Maßnahmen erforderlich: Erstens müssen die Volkswirtschaften des Euroraums durch solide öffentliche Finanzen und entschiedene Reformen ihrer Wirtschaftsstrukturen robuster gemacht werden. "Zweitens müssen wir von einem System von Regeln zur nationalen wirtschaftspolitischen Gestaltung zu einem System einer stärker geteilten Souveränität mit gemeinsamen Institutionen übergehen, um unsere wirtschaftspolitische Steuerung zu festigen. Eine gemeinsame Vorschrift ist nur so wirkungsvoll wie die gemeinsame Institution, die sie durchsetzen kann", fügte er hinzu... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Bundestag stimmt der Verlängerung der Hilfen an Griechenland zu



Die deutschen Abgeordneten haben der viermonatigen Verlängerung des Hilfsprogramms an Griechenland am 27. Februar zugestimmt. Diese Entscheidung des Parlaments war notwendig geworden, um die europäischen Hilfgelder freizugeben, die die Eurogruppe am 24. Februar für Griechenland verabschiedet hatte. Von 631 Abgeordneten stimmten 542 für das Hilfsprogramm, bei 23 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble hatte zuvor um Zustimmung für das Maßnahmenpaket geworben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Österreich :

Österreich modernisiert sein Islamgesetz



Das österreichische Parlament hat am 25. Februar dem neuen Islamgesetz der Regierung zugestimmt. Das Gesetz war bereits seit mehreren Jahren vorbereitet worden, weil das vorherige Gesetz noch aus der Kaiserzeit (von 1912) stammt. Die Ereignisse von Paris im Januar hätten die österreichische Regierung aber dazu veranlasst die ausländische Finanzierung anzugehen und deren Auswüchse zu bekämpfen, so Einwanderungsminister Sebastian Kurz. Das neue Gesetz beinhaltet nun ein Finanzierungsverbot von Imamen und islamischen Organisationen durch ausländische Fonds. Die Mehrheit der österreichischen Muslime hat türkische Wurzeln und ein Teil der Imame wurde aus der Türkei finanziert. Sebastian Kurz ist der Meinung, dass dieses Gesetz den österreichischen Muslimen nun mehr Rechte verleiht und dabei hilft einen Islam "europäischer Prägung" zu initialisieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Belgien :

Ministerrat stimmt Gesetzesprojekt zur Förderung von Beschäftigung zu



Der belgische Ministerrat hat am 27. Februar einem Gesetzesprojekt zugestimmt mit dem Lohndiskriminierung verglichen zu drei Referenzländern (Frankreich, Deutschland und den Niederlanden) reduziert werden soll. Geschehen soll dies ab März, indem die Löhne nicht automatisch um 2-Prozent steigen sollen, wenn die Lebenshaltungskosten (Index) zunehmen. Der Gesetzestext, der noch von den belgischen Abgeordneten abgesegnet werden muss, sieht auch Strafsanktionen gegen Arbeitgeber vor, die diese Maßnahmen der Lohnzurückhaltung und Blockade des Indexes nicht einhalten. Das Gesetzesprojekt setzt damit das Abkommen zur Sozialpolitik 2015-2016 um, das zusammen mit den Sozialpartnern erarbeitet wurde. Auch Harmonisierungsbestrebungen beim Statut zwischen Arbeitern und Angestellten wird Rechnung getragen... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Debatte zur Lage der Nation in Spanien



Der spanische Regierungschef Mariano Rajoy hat am 24. Februar bei einer Debatte zur Lage der Nation in Spanien gesagt, dass "Spanien ein Land am Rande des Bankrotts war, jetzt aber zu einem Musterbeispiel für andere Länder der Europäischen Union in Sachen Wiederaufschwung geworden ist". Er nannte ein Ziel: Die Schaffung von 3 Millionen Jobs in den nächsten Jahren und kündigte eine Korrektur der Wachstumsprognose für 2015 an: 2,4% gegenüber den zuvor bekannt gegebenen 2%. Die sozialistische Opposition zog diesen Optimismus in Zweifel und zeigte mit dem Finger auf die grassierende Korruption in dem Land und die hohe Arbeitslosigkeit. Wir dürfen nicht vergessen, dass in Spanien am Ende des Jahres Parlamentswahlen anstehen... [Fortsetzung](#)

Spanien steuert dem europäischen Investitionsplan 1,5 Milliarden Euro bei



Spanien hat am 27. Februar angekündigt, dass es sich mit 1,5 Milliarden Euro an Projekten beteiligen wird, die vom Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), dem zentralen Element des Investitionsplans für Europa, finanziert werden. Der Beitrag wird über Spaniens nationale Förderbank Instituto de Crédito Oficial (ICO) geleistet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Estland :

Amtierende Regierungspartei gewinnt die Parlamentswahlen in Estland



Die amtierende Regierungspartei, die "Reformpartei", hat am 1. März die Parlamentswahlen in Estland gewonnen. Sie kam auf 27,7% der Stimmen und 30 Sitze. Auf dem zweiten Platz folgte die pro-russische Zentrumsparterie mit 24,8% der Wählerstimmen und 27 Sitzen. Die Sozialdemokraten wurden die drittstärkste Kraft mit 15,2% und 15 Sitzen, gefolgt von der Union für das Vaterland (Res Publica) mit 13,7% und 14 Sitzen. Die Liberalen erhielten 8,7% und 8 Sitze, während die Konservativen auf 8,1% und 7 Sitze kamen. Weitere Parteien kamen nicht über die 5%-Hürde. Die allgemeine Wahlbeteiligung betrug 63,7%. Der alte Regierungschef, Taavi Roivas, wurde auch mit der Bildung einer neuen Regierung betraut. Die aktuelle Regierungskoalition aus Reformpartei und Sozialdemokraten verfügt aber über keine absolute Mehrheit im Parlament mehr und muss sich nun noch einen neuen Verbündeten suchen. Kennzeichnend für diese Wahl war auch eine allgemeine Unruhestimmung in Estland angesichts des Auftretens Moskaus. Taavi Roivas forderte

deshalb eine stärkere Präsenz der NATO, um auf die erhöhte Stationierung russischer Truppen an der Grenze zu reagieren... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Französisch-italienischer Gipfel in Paris



Der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi hat am 24. Februar den französischen Präsidenten François Hollande in Paris getroffen. Der Zusatz zu einem Vertrag aus dem Jahr 2001 wurde unterzeichnet, womit die Arbeitsvorbereitungen für die TGV Strecke Lyon-Turin anlaufen können. Mit den richtigen Arbeiten kann 2016 begonnen werden. Für die Strecke wird ein 57 km langer Tunnel durch die Alpen notwendig, dessen Kosten allein 8,5 Milliarden Euro betragen dürften. Hollande hofft, dass die Europäische Union 40% der Kosten für diesen Streckenabschnitt übernehmen werde. Die Bauarbeiten werden aller Voraussicht nach nicht vor 2030 abgeschlossen sein und dürften alles in allem 26 Milliarden Euro kosten. Frankreich bekräftigte auch seine Unterstützung für die italienischen Anstrengungen, vor allem auf UN-Ebene, das Chaos in Libyen endlich zu beenden. Mit den Mittelmeeranrainern soll ebenso ein Vertrag für den Kampf gegen Menschenhandel geschlossen werden. Beide Männer zeigten sich davon überzeugt, dass eine politische Einigung zwischen den kämpfenden Fraktionen gefunden werden müsse. Matteo Renzi nannte die Libyen-Frage eine Priorität für ganz Europa. Zu der Eisenbahnverbindung Lyon-Turin hatte die Stiftung bereits 2012 eine Studie vorgelegt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Klimaappell des französischen Präsidenten



Der französische Präsident François Hollande hat auf seiner Philippinen-Reise am 26. Februar in Manila dazu aufgerufen den ärmeren Ländern bei der Bewältigung des Klimawandels zu helfen. Der im Dezember stattfindende Klimagipfel in Paris, auf dem Frankreich endlich eine vertragliche Verpflichtungen gegen die Erderwärmung erreichen möchte, bietet den Rahmen dafür. Ein solcher von allen Ländern unterzeichneter Vertrag würde es vorsehen, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahres unter 2°C zu halten. François Hollande forderte die reichen Länder dazu auf den ärmsten Ländern bei diesen unausweichlichen Anpassungen behilflich zu sei. Dies könnte etwa durch einen "grünen Fonds" oder einen Finanzmechanismus der Vereinten Nationen geschehen, dem Frankreich und Deutschland bereits eine Milliarde Dollar zugesagt haben...

[Fortsetzung](#)

Italien :

Gesetz zur zivilrechtlichen Haftung von Beamten in Italien verabschiedet



Das italienische Abgeordnetenhaus hat am 24. Februar dem Gesetzesvorschlag zur zivilrechtlichen Haftung von Beamten zugestimmt. Mit dem neuen Gesetz wird es für Bürger einfacher Rechtsmittel bei schweren Verfehlungen einzulegen. "Das ist eine historische Neuerung", betonte Justizminister Andrea Orlando. Der Gesetzestext betrifft einen Streitpunkt, über den bereits auf europäischer Ebene ein Verfahren wegen Nichtanwendung des Gemeinschaftsrechtes eröffnet wurde. Italien hätte als Strafe ein geschätztes Bußgeld in Höhe von 37 Millionen Euro gedroht...

[Fortsetzung](#)

Litauen :

Litauen führt Wehrpflicht wieder ein



Nachdem die Wehrpflicht 2008 als Folge des NATO-Beitritts von 2004 abgeschafft worden war, hat die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė nun am 24. Februar bei einer Dringlichkeitssitzung des nationalen Verteidigungsrates eine Rückkehr zur Wehrpflicht bekanntgegeben. Die Präsidentin rechtfertigte diesen Schritt mit dem Konflikt der Ukraine und einem bedrohlichen Auftreten Russlands. Sie fügte hinzu, dass "die aktuelle geopolitische Situation eine Stärkung und Beschleunigung der Armeeerkrutierung braucht (...). Der nationale Verteidigungsrat hat deshalb beschlossen, die Wehrpflicht zeitlich begrenzt auf die nächsten fünf Jahre wieder einzuführen. 3500 Litauern werden nun jedes Jahr für neun Monate eingezogen," so Grybauskaitė. Das Parlament muss dieser Entscheidung noch zustimmen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rumänien :

Offizieller Besuch des rumänischen Präsidenten in Deutschland



Der rumänische Präsident Klaus Iohannis ist am 26. Februar zu einem offiziellen Besuch nach Berlin gekommen. Er tauschte sich dort mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel aus. Bezogen auf die Wirtschaft ist Deutschland einer der größten europäischen Investoren in Rumänien, auch der Handel zwischen den beiden Ländern erhöhte sich auf mehr als 20 Milliarden Euro. Die Kanzlerin sprach aber auch über kulturelle Bande, so stammt Präsident Iohannis beispielsweise aus der deutschen Minderheit in Rumänien. Der Besuch hatte allgemein zum Ziel die Verbindung und Zusammenarbeit auf wichtigen Gebieten voranzutreiben - vor allem beim Handel und dem Kampf gegen die Korruption. Zentralen Stellenwert hatte auch die Außenpolitik, wobei sich Merkel wünschte, dass die beiden Länder noch enger zusammenarbeiteten. In der Tat ist Rumänien durch seine Nachbarschaft zum Balkan, Moldawien und der Ukraine zu einem Schlüsselakteur für die Europäer im Kontext der Krise mit Russland geworden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Großbritannien :

Großbritannien wird die ukrainische Armee unterstützen



Der britische Premierminister David Cameron kündigte am 24. Februar an, Großbritannien werde Berater und Ausbildungsmannschaften in die Ukraine schicken. Pawlo Klimkin, der ukrainische Außenminister, hatte bei einem Treffen in Paris bekanntgegeben, dass die ukrainische Armee keine schweren Waffen, sondern Kommunikationsgeräte und Training benötige. Die Hilfe Großbritanniens ist ganz in diesem Sinne: 74 Spezialisten sollen für die Ausbildung auf dem medizinischen, logistischen, militärischen und nachrichtendienstlichen Gebiet geschickt werden. Bei dieser Gelegenheit sollen auch ukrainische Spezialisten ausgebildet werden, die später diese Aufgabe übernehmen können. Die Regierung von David Cameron traf die Entscheidung, nachdem sich die Bedrohung durch pro-russischen Separatisten und Russlands Haltung zur Situation in der Ukraine wieder verschärft hatten. Cameron wies daraufhin, dass der britische Vorstoß eine Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine für den Moment ausschließe, dies könne sich aber mit der weiteren Entwicklung des Konflikts ändern... [Fortsetzung](#)

Bosnien-Herzegowina :

Historische Anstrengung Bosnien-Herzegowinas auf dem europäischen Weg



Europas oberste Diplomatin Federica Mogherini hat am 23. Februar die "historischen" Anstrengungen von Bosnien-Herzegowina begrüßt. Das Parlament hatte zuvor wirtschaftliche und soziale Reformen verabschiedet, die eine Annäherung an die EU vorsehen. "Das Parlament hat eine wichtige Entscheidung getroffen, ich würde sogar sagen eine historische Entscheidung", verkündete Mogherini vor den gewählten Abgeordneten des bosnischen Parlaments, das eine entsprechende "politische Erklärung" verabschiedet hatte. "Zahlreiche Menschen in Bosnien-Herzegowina stehen hinter dieser Entscheidung, weil sie eine Annäherung ihres Landes an die EU sehen wollen", so Federica Mogherini... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Ministerzusammenkunft zur Umsetzung des Vertrages von Minsk



Der französische, deutsche, russische und ukrainische Außenminister sind am 24. Februar in Paris zusammengekommen. Sie tauschten ihre Haltungen zur Umsetzung des Waffenstillstandes aus. Speziell die Situation in Debaltsewe wurde dabei diskutiert. Große Aufmerksamkeit widmete man ebenso der Situation in Mariupol. Alle vier Minister forderten eine strikte Umsetzung aller in Minsk getroffenen Vereinbarungen, angefangen mit einer kompletten Waffenruhe und einem vollständigen Rückzug schwerer Waffen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

Arbeitslosigkeit in Europa geht zurück



Nach Angaben einer Studie von Eurostat vom 2. März lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der Eurozone im Januar 2015 bei 11,2% und bei 9,8% in der gesamten Europäischen Union. Sie ist damit sowohl verglichen mit dem Dezember 2014 (11,3% bzw. 9,9%), aber auch im Vergleich zum Januar 2014 (11,8% und 10,6%) zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote in der Eurozone für den Januar 2015 (11,2%) ist die geringste seit April 2012. Die niedrigste Zahl an Arbeitslosen wurde in Deutschland (4,7%) und Österreich (4,8%) registriert, während die höchsten Zahlen aus Griechenland (25,8%)

im November 2014) und aus Spanien (23,4%) kommen. Die Jugendarbeitslosigkeit ging im Januar 2015 ebenso zurück, verglichen mit vor einem Jahr: Sie betrug 21,2% in der gesamten Europäischen Union und 22,9% in der Eurozone, gegenüber 23,3% und 24,3% im Jahr zuvor... [Fortsetzung](#)

Schwache Inflationsrate in der Eurozone



Die jährliche Inflation im Euroraum im Februar 2015 wird auf -0,3% geschätzt, ein Anstieg gegenüber -0,6% im Januar. Dies geht aus einer von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlichten Schnellschätzung hervor. Im Hinblick auf die Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum wird erwartet, dass Dienstleistungen im Februar die höchste jährliche Rate aufweisen (1,1% gegenüber 1,0% im Januar), gefolgt von Nahrungsmitteln, Alkohol & Tabak (0,5%, gegenüber -0,1% im Januar), Industriegütern ohne Energie (-0,2% gegenüber -0,1% im Januar) und Energie (-7,9% gegenüber -9,3% im Januar)... [Fortsetzung](#)

Nationale Mindestlöhne in der Europäischen Union



Stand 1. Januar 2015 hatten 22 der 28 EU-Mitgliedsstaaten einen Mindestlohn eingeführt. Die Höhe variiert von 184 Euro pro Monat in Bulgarien zu 1923 Euro in Luxemburg. Indessen hat sich, nach einer Anpassung der Kaufkraftdisparitäten, die Diskrepanz zwischen den Staaten verringert. Sie lag bei einem Verhältnis von 1:10 in Euro und beträgt nun 1:4, ausgedrückt in Kaufkraftstandards (KKS). Die Zahlen wurden am 26. Februar von Eurostat veröffentlicht... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte von Amnesty International



Amnesty International hat am 25. Februar seinen Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte veröffentlicht. Die Situation im Jahr 2014 ist alarmierender als zuvor: In 18 Ländern wurden Kriegsverbrechen begangen; 4 Millionen Personen sind in Syrien auf der Flucht; 3400 Menschen ertranken im Mittelmeer bei ihrem Fluchtversuch nach Europa; 62 Regierungen sperrten Menschen hinter Gitter, weil diese ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen hatten; ungerechte Gerichtsprozesse laufen in 58% der beobachteten Ländern (bzw. in 94 Ländern). Amnesty International beklagt des Weiteren, dass "aufgrund von Partikularinteressen oder Opportunismus, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sich unfähig gezeigt hat, die Krisen und Konflikte in Gaza, Irak, Israel, Syrien und der Ukraine zu lösen - nicht einmal in Situationen, wo die Staatsgewalt oder bewaffnete Gruppen Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung begingen". Die NGO monierte auch, dass die Staatsschefs neue Restriktionen für den Kampf gegen großkalibrige Waffen schaffen sowie weiterhin in unverantwortlicher Weise Waffen in Gebiete exportieren, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kultur :

Ausstellung "Matisse. Arabeske" in Rom



Das Scuderie del Quirinale zeigt vom 5. März bis zum 21. Juli 2015 die Ausstellung "Matisse. Arabeske". Die Ausstellung zeigt mehr als hundert Werke des französischen Malers Henri Matisse, darunter auch viele seiner bemerkenswertesten Hauptwerke, die nun zum ersten Mal in Italien ausgestellt werden. Dank einer Partnerschaft mit dem italienischen Kulturministerium kann diese Ausstellung auch mit außergewöhnlichen Gemälden aufwarten, ausgeliehen von den berühmtesten Museen weltweit, wie der Tate Galerie in London, des Puschkina Museums in Moskau, des Eremitage in Sankt-Petersburg, des Centre Pompidou und der Orangerie in Paris, sowie großer Museen in Philadelphia und Washington... [Fortsetzung](#)

Londons National Gallery präsentiert die Ausstellung "Inventing Impressionism"



Die Nationalgalerie in London widmet sich vom 4. bis zum 31. März 2015 in der Ausstellung "Inventing Impressionism" den schwierigen Anfängen der impressionistischen Maler. Die Ausstellung setzt sich besonders mit Paul Durand-Ruel auseinander, einem Pariser Kunstkäufer, der schon sehr früh die später berühmten Werke von großen Malern der Bewegung, wie Monet, Degas, Manet, Renoir, Pissarro oder Sisley, entdeckte und erwarb. "Inventing Impressionism" präsentiert mehr als 85 Hauptwerke der impressionistischen Strömung. Sie alle stammen aus dem Besitz von Durand-Ruel,

einige von ihnen gehören zu den Berühmtesten von Renoir und Monet... [Fortsetzung](#)

Mary Heilmann & David Reed: Two By Two



Die Berliner Nationalgalerie zeigt vom 6. März bis zum 11. Oktober 2015 in der Nähe des Museums für Gegenwart die erste gemeinsame Ausstellung der Künstler Mary Heilmann und David Reed. Beide sind Schlüsselfiguren der post-abstrakten, expressionistischen, amerikanischen Malerei. Die Ausstellung Two by Two zeigt vierzig ihrer Hauptwerke, die seit den 1970ern entstanden sind, mit dem Ziel der Verbundenheit und Spannung in den jeweiligen künstlerischen Positionen nachzuspüren... [Fortsetzung](#)

Agenda :



2. und 3. März

Brüssel
Rat "Wettbewerbsfähigkeit"



5. bis 6. März

Brüssel
Rat "Transport, Telekommunikation und Energie"



6. März

Brüssel
Rat "Umwelt"



9. März

Brüssel
Treffen der Eurogruppe
Brüssel
Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher"



9. bis 12. März

Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Guillaume Anglars, Romain Denninger, Flora Dumont,
Noémie Rossi, Francesca Tortorella

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas

informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)